

Woher beziehen Amerikaner ihre Waren bei einem Handelskrieg mit Mexiko und Kanada

Donald Trump plant möglicherweise einen Handelskrieg mit Mexiko und Kanada. Woher werden Amerikaner dann ihre Waren beziehen? Erfahren Sie mehr über mögliche Auswirkungen auf den Importmarkt.

In New York hat der designierte Präsident Donald Trump offenbar großes Interesse daran, einen gleichzeitigen Handelskrieg mit den drei größten Handelspartnern der USA zu beginnen: Mexiko, China und Kanada. Die Kosten, die die US-Verbraucher möglicherweise auf sich nehmen müssen, könnten gemildert werden, falls Unternehmen dazu ermutigt werden, sich von diesen Ländern abzuwenden. Doch wohin könnten sie stattdessen gehen?

Handelsdaten und Auswirkungen auf die US-Wirtschaft

Allein diese drei Nationen machten im vergangenen Jahr mehr als 40% des gesamten Wertes aller Waren aus, die die USA importiert haben, wie aus Daten des Außenhandels hervorgeht. Trump hat kürzlich angekündigt, zusätzliche Zölle in Höhe von 10% auf chinesische Importe zu erheben, zusätzlich zu den bereits bestehenden Zöllen. Während seines Wahlkampfes sprach er zudem von einem umfassenden Zoll von 60% auf chinesische Waren. Für Mexiko und Kanada kündigte er eine neue Zollgebühr von 25% auf alle Importe an, die am Tag seiner Amtseinführung in Kraft treten soll.

Die Auswirkungen höherer Zölle auf die US-Produktion

In Trumps idealer Welt würden diese höheren Zölle die heimische Produktion ankurbeln, da US-Unternehmen so den Zöllen vollständig entgehen könnten. Um weitere Anreize zu setzen, die Produktion in die USA zu verlagern, hat Trump auch Steuererleichterungen in Aussicht gestellt. Doch viele Experten, darunter Daniel Anthony, Geschäftsführer von Trade Partnership Worldwide, einer wirtschaftlichen Forschungsgruppe, glauben nicht, dass dies zu einer signifikanten Erhöhung der inländischen Produktion führen wird. Laut Anthony kam während von Trumps ersten Amtszeit, in der er höhere Zölle auf chinesische Waren einführte, "sehr wenig Produktion zurück in die USA".

Die größten Länder, die für Unternehmen in Betracht kommen

Die Begrenzungen für die Verlagerung der Produktion in die USA sind vielfältig. Ein Mangel an geeigneter Infrastruktur in den USA verhindert oft die Herstellung bestimmter Güter. Selbst wenn diese Infrastruktur vorhanden wäre, würde die Verlagerung der Produktion in die USA zumeist zu erheblich höheren Produktionskosten führen, die unweigerlich an die Verbraucher weitergegeben werden.

Vietnam als potenzieller Hauptakteur

Handelsexperten sind sich einig, dass Vietnam ein Hauptkandidat für Unternehmen sein könnte, die ihre Produktion verlagern möchten, da die Produktionskosten dort relativ niedrig sind. Zwischen 2017, als Trump sein Amt antrat, und 2023 hat Vietnam seine Exporte in die USA mehr als verdoppelt, von 47 Milliarden auf 114 Milliarden Dollar im vergangenen Jahr. Anthony warnt jedoch: "Wenn viele Unternehmen gleichzeitig nach Vietnam wollen, könnte das problematisch werden. Man

könnte schnell an Kapazitätsgrenzen stoßen." Außerdem könnte die Produktion dort teurer werden, da die Lieferanten auf den Anstieg der Nachfrage mit höheren Preisen reagieren.

Alternativen in der Automobilindustrie

Mexiko ist die **größte Quelle** für US-Motorfahrzeugimporte. Europäische Länder wie Deutschland könnten ihre eigenen Produktionskapazitäten nutzen, während auch Japan und Südkorea, die ebenfalls führend in der Automobilproduktion sind, die Produktion hochfahren könnten.

Bekleidung und Schuhe

Sollte es zu einem neuen Handelskrieg zwischen den drei Ländern kommen, könnten die Amerikaner vermehrt Kleidung und Schuhe aus Indonesien, Bangladesch und Kambodscha erhalten. Laut den federalen Handelsdaten importiert die USA in den letzten Jahren immer mehr Bekleidung und Schuhe aus diesen vier Ländern.

Elektronikindustrie

Vietnam ist nicht das einzige Land, das von einer Verschiebung der Produktion profitieren könnte. Taiwan, der drittgrößte Exporteur von Elektronik in die USA, könnte die Produktion weiter steigern. Auch andere südostasiatische Länder, die in den letzten Jahren mehr Elektronikwaren in die USA exportiert haben, wie Malaysia, Thailand und Japan, sind wahrscheinlich, die Produktion zu erhöhen. Zudem haben Südkorea und Japan Währungsgewinne realisiert, die es Amerikanern erleichtern, Produkte aus diesen Ländern zu kaufen.

Unternehmen, die möglicherweise bleiben

Viele Unternehmen haben möglicherweise bestehende Verträge zur Herstellung von Waren an bestimmten Standorten über einen festgelegten Zeitraum. Selbst ohne solche Verträge versuchen Unternehmen jedoch nicht, Zölle zu vermeiden, sondern streben danach, die Gesamtproduktionskosten für das bestmögliche Produkt zu minimieren. Das bedeutet, dass manche Unternehmen bereit sein könnten, höhere Zölle zu akzeptieren, anstatt umzuziehen, sofern dies letztlich die günstigere Option ist.

Ein prägnantes Beispiel: Selbst nachdem Trump 2018 höhere Zölle auf chinesische Importe eingeführt hat, die von Präsident Joe Biden weitgehend beibehalten wurden, hat die USA den Import von Waren aus China nicht vollständig eingestellt; sie reduzierten lediglich das Volumen. 2017 kamen 60% aller US-Computerexporte aus China, 2022 lediglich 39%.

Insgesamt importierten die USA 2017 Waren im Wert von 500 Milliarden Dollar aus China, was 22% aller US-Importe ausmachte. 2022 lagen die Importe aus China bei 427 Milliarden Dollar, was nur 14% der gesamten US-Importe entspricht. Während dieser Zeit wuchsen die Importe aus Mexiko und Kanada um jeweils über 100 Milliarden Dollar, da die Zölle aufgrund des United States-Mexico-Canada Agreement annähernd null waren. Dies hilft zu erklären, warum Mexiko China als größten Exporteur der USA überholt hat.

Dennoch denkt Setser, dass kein Autohersteller "seine teuren Investitionen in Mexiko aufgeben möchte", insbesondere da Mexiko möglicherweise von höheren Zöllen verschont bleibt, während Trump eher bereit zu sein scheint, mit ihnen zu verhandeln als mit China. "Die Herausforderungen bei einem Umzug aus China sind erheblich. Es gibt dort schlichtweg eine Überkapazität und die Produktionskosten sind sehr niedrig."

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at